Nummer 40 — Hannover, 1. Oktober 1932 — 41. Jahrgang

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreigespalt. Petitzeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postscheckkonto: Nr. 358 15 Postscheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. — Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Redaktionsschluß: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prüll, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 3. Fernsprechanschlüsse 2 28 41 und 2 28 42.

Unsere Parole heißt Agitation.

In der kurzen Zeit ihrer Amtszeit hat die Reichsregierung vieles zerschlagen, was die Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten aufgebaut hat. An die Stelle des Rechts ist teilweise die reine Gewalt getreten. Aber wir haben keine Ursache, mutlos zu werden, im Gegenteil, wissen wir doch, „gestrenge Herren regieren nicht lange", sie mögen herkommen, wo sie wollen, sie mögen heißen, wie sie wollen, ob sie in Kürassierstiefeln oder in Filzlatschen antreten; mögen sich verbieten, soviel sie wollen, mögen sie sich stark vorkommen, nur Geduld, ihr Schild ist nur von Pappe. Wir, die Arbeiterbewegung, überleben diese starken Männer. Was sie uns entrissen, holen wir uns wieder. Den starken Herren gehört die Vergangenheit, uns gehört die Zukunft.

Agitation heißt unsere Waffe,

mit der wir die Stellung des Gegners unterminieren, seine Position erschüttern. Wir lassen uns nicht stumm machen. Mit plumpen, rohen Gewaltmitteln läßt sich der Geist nicht töten. Von Mund zu Mund, von Freund zu Freund, von Arbeitskollege zu Arbeitskollege geht die geistige Verbindung. Wer will uns daran hindern? Niemand besitzt eine solche Macht. Allüberall ist die Arbeiterschaft empört über die Rigorosität der heutigen Machthaber gegen die Arbeiterschaft. Jetzt nützt die Situation aus, entfacht die Agitation überall,

tragt unsere Ideen in alle Arbeiterfamilien

und baut damit eine massive Front gegen den beutehungrigen Kapitalismus und seine Vertreter! Alle noch Unorganisierten, alle Neueingestellten in den Betrieben müssen wir jetzt holen. Schmieden wir das Eisen, das Papen und Bracht warm gemacht haben, münzen wir die lodernde Empörung und Erbitterung um in organisatorische Kraft, damit wir zu gegebener Zeit schlagkräftig genug sind, um alle die auf Verlangen der Kapitalisten durchgeführten Ungerechtigkeiten gegen die Arbeitnehmerschaft wieder zunichte zu machen.

Was sie uns entrissen, holen wir mit Zinseszinsen wieder,

und kein Papen und kein Bracht kann es uns verbieten, und keine Reichswehr wird es verhindern, denn der Geist ist unüberwindlich, der sich organisiert aus Millionen Köpfen heraus auswirkt. Eine solche Organisation ist unzerstörbar, und selbst wenn sie aufgelöst wäre, sie würde weiterleben wie während des Sozialistengesetzes von 1878 bis 1890. Bei uns steht ja nicht der Abschaum der Menschheit wie bei den Nationalsozialisten. Dort finden wir käufliche Subjekte, die für Geld nach Wunsch denken und handeln, da sind Verbrecher aus Neigung, Geburt oder Beruf, da sind Zuhälter und ein erheblicher Prozentsatz unerfahrene Menschen. Diese zuletzt Genannten werden in unsere geschlossene Arbeiterfront herein müssen, wenn sie sehend werden, das Gesindel wird sich weiter nach rechts zu verkaufen suchen.

Bei uns steht der intelligenteste Prozentsatz der Arbeitnehmerschaft. Unsere Anhänger denken marxistisch. Wer den Marxismus bekämpft, tut es aus Unwissenheit oder Gewinnsucht.

Lehren wir jeden Arbeiter, jede Arbeiterin marxistisch denken,

dann haben wir die massive „Eiserne Front", die das dickste Hirn der Gegner nicht zu durchstoßen vermag. Marxismus ist Sozialismus, ist die nahe Zukunft. Gewerkschaft, überhaupt kämpfende Arbeiterbewegung ist Marxismus. Marxismus ist das, was der Gegner haßt und fürchtet, denn Marxismus heißt auch Entwicklung.

Allüberall jetzt heraus zur Agitationsarbeit, damit wir die uns noch fernstehenden Proletarier und Proletarierinnen gewinnen, damit wir das bei ihnen im Keime schon vorhandene marxistische Denken ihnen zur klaren Erkenntnis bringen.

Auf, überall zur Agitation!
Mobilisiert alle Kräfte hierzu!
Wir müssen vorwärts!
Wir müssen kämpfen!
Wir werden siegen!

Ob sie sich schämen?

Schnapphanski greif zu,
Nimm der Witwe die Kuh,
Nimm den Kindern das Brot
Und fresse sich tot!

Wer sich eingebildet hat, daß unsere Unternehmer sich schämen werden, neben all den staatlichen und stattlichen Geschenken der Regierung ihren ausgehungerten Arbeitern auch noch den Lohn für die 31. bis 40. Woche zu nehmen, der kennt die Unternehmer nicht. Wie die Aasgeier stürzen sie sich auf den ihnen von der Regierung Papen zugeworfenen Brocken. Sie stecken kaltschnäuzig die den Kranken, den Rentnern, den Kriegs- und Berufsinvaliden genommenen Renten als Milliardengeschenke ein und schämen sich nicht,

ihren Arbeitern und Arbeiterinnen das letzte Stück Brot zu nehmen.

Der Stolz dieser Herren ist der Stolz des Räubers, der sich darauf etwas zugute tut, daß er sein Opfer ausgeplündert hat. Männer und Frauen, Kinder und Greise, alle müssen dem schmatzenden Moloch Kapitalismus, der Menschenleben zahllos zerstört, ihren Tribut zollen. Und wenn die Arbeitsleute nur noch aus Haut und Knochen bestehen, und wenn sie keine Kleider mehr auf dem Leibe haben, und wenn die Kinder im Winter barfuß laufen müssen, und wenn die Arbeiter neben ihrer Arbeit noch Wohlfahrtsunterstützung beziehen müssen, einerlei, jeder christliche Jude, jeder echte deutsche Unternehmer nimmt diesen armen Teufeln das Letzte, ohne sich zu schämen. Weshalb auch?

Weshalb soll sich der Räuber seines Berufes schämen?

Geschäft ist Geschäft. Und der Kapitalismus hat längst Moral und Menschlichkeit über Bord geworfen.

Man bedenke: Jeder Prolet muß seine Lohnsteuer zahlen. Unsere Kapitalisten erhalten für 1½ Milliarden Steuergutscheine. Sie bekommen außerdem unter bestimmten Voraussetzungen für jeden neueingestellten Arbeiter ein Geschenk von 400 Mark. Das genügt den Herren alles noch nicht, sie wollen mehr haben. Und wozu sitzt denn der Vertreter der Unternehmer, Herr Warmbold, in der Regierung? Doch nicht etwa nur wegen der Extragewinne beim Benzin. Also reißen wir immer noch einen Fetzen ab vom Hungerlohne unserer Arbeitsbienen. Pfui Teufel! ihr Herren, ob dieser „edlen" Tat.

Ihr Arbeiterkinder geht hungrig zur Schule und hungrig ins Bett,

damit unsere kapitalistischen Drohnen Entfettungskuren durchmachen können, denn die kosten Geld.

Jawohl, es sollen mehr Arbeitskräfte eingestellt, es soll die Produktion wieder in Gang gebracht werden. Haben die Unternehmer hierbei keinen besonderen Gewinn? Und wenn nicht, dann ist das Ganze ein grandioser Schwindel, dann wird eine Zeitlang mit den vermehrten Arbeitskräften produziert, die noch nicht geleerten Lager füllen sich, die Kaufkraft würde nicht erhöht, weil ja im allgemeinen die Gesamtlohnsumme nicht höher geworden ist, die Produktion muß erneut abgestoppt werden, wir haben eine verschärfte Krise,

die Unternehmer haben ihre Geschenke in der Tasche, und die Arbeiter fliegen wieder auf die Straße.

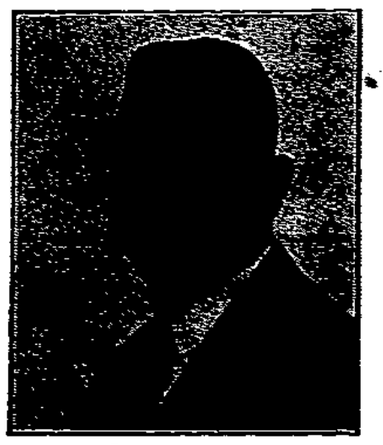
Dieses Wirtschaftssystem kann nur noch leben auf Staatskosten und vom Elend der Lohnsklaven. Die kapitalistische Wirtschaft muß fallen, sie wird fallen, trotz Papen und Warmbold!

Die Gesamtheit muß Besitzer der Produktionsmittel werden und für sich, also für die Gesamtheit produzieren. Das heißt also: Nur der Sozialismus kann aus dem heutigen menschenmordenden System herausführen. Wer das begreift und will — alle Arbeitnehmer müssen das wollen —,

der wähle am 6. November sozialdemokratisch!

Wilhelm Klünder
25 Jahre Angestellter.

Die Zahlstelle Stettin und Umgegend und damit auch der gesamte Verband können am 1. Oktober den Kollegen Wilhelm Klünder zu seinem 25jährigen Dienstjubiläum beglückwünschen.



Kollege Klünder wurde am 28. Januar 1876 in Neumark, einem Marktflecken in der Provinz Pommern, als Sohn eines Land- und Waldarbeiters geboren. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Eltern waren die traurigsten; die Familie bestand aus 10 Köpfen. Seine arbeitsreiche Jugend ließ ihm sehr häufig keine Zeit zum Schulgang. Klünders Jugendzeit war auch sehr „abwechslungsreich". Er besuchte sieben verschiedene Dorfschulen und erhielt an drei verschiedenen Stellen Konfirmandenunterricht. Im vorstehenden spiegeln sich die sozialen Verhältnisse der Zeit und der Familie. Nach seiner Schulentlassung löste er seine älteren Geschwister als sogenannter Hofgänger ab. Nach Vollendung des 16. Lebensjahres kam er nach Stettin und erwarb sich sein Brot als Laufbursche. Im Jahre 1898 kam er nach Berlin und war mehrere Jahre im Kroll-Theater sowie in anderen größeren Etablissements, u. a. auch im preußischen Abgeordnetenhaus, tätig. Hier wurde er auch in den Strudel der Politik gezogen und schloß sich dem Deutschen Volksbund an. Durch Fühlungnahme mit den Führern der Bewegung, Professor Dr. Förster, v. Mosch, Abgeordneten Böckler, durchschaute er bald die Tendenz der Bewegung und schied als für ihn unpassend aus.

Im Jahre 1901 kam er wieder nach Stettin und erhielt Arbeit in der Pommerschen Provinz. Zuckersiederei. Hier schloß er sich im Jahre 1905 unserem Verbande in der Zahlstelle Züllchow an. In der am 14. Januar 1906 abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde er zum Kartelldelegierten gewählt, welches Amt er bis zum heutigen Tage verwaltet. Nach der Verschmelzung der Zahlstelle Züllchow mit Stettin wurde er zum Bezirksleiter des Bezirks Stettin gewählt. Im Jahre 1907 wurde er zum besoldeten Beitragskassierer ernannt und verwaltete dieses Amt vom 1. Oktober 1907 bis zum 1. Januar 1913. Im Jahre 1908 wurde er Mitglied des Gauvorstandes. Im Januar 1913 übernahm er als Geschäftsführer die neu zu gründende Bezirkszahlstelle Itzehoe i. Holstein.

Den Krieg hat er als Landwehrsoldat in Frankreich mitgemacht.

Es wäre ein Unrecht, würden wir an dieser Stelle nicht der tapferen Frau des Kollegen Klünder gedenken. Als Wilhelm Klünder im Juni 1915 ins Feld mußte, hat Frau Berta Klünder sich entschlossen an den Platz ihres Gatten gestellt und die Zahlstelle geleitet, als hätte sie es schon immer getan. Sie hat ebenso wie jede andere gute Gattin seelisch gelitten in der Ungewissenheit über das Los des Gatten. Sie hat trotzdem mit bewundernswerter Energie die Verbandsgeschäfte besorgt, hat Versammlungen abgehalten. Sie hat alle Fragen des Unterstützungswesens, die Kassengeschäfte usw. korrekt erledigt und mußte zu alledem noch den Kampf führen um ihre Ehre gegen unsaubere Verleumder. 1917 finden wir die Kollegin Berta Klünder als Delegierte auf dem Verbandstag in Hannover, wo sie wiederholt in die Debatte eingriff. Für ihre Verbandstreue, für ihr mutiges Einspringen in schlimmster Zeit danken wir der Kollegin Berta Klünder. Sie hat Anteil am Jubiläum ihres Gatten als Sachwalterin der Organisation, und wir sind stolz auf sie.

1918 bei der Umwälzung fungierte Wilhelm Klünder als Vorsitzender des Soldatenrats in der Residenzstadt Mecklenburg-Schwerin und hat als solcher dem Großherzog den Paß ins Ausland ausgestellt.

Im Jahre 1919 wurde er von den Stettiner Kollegen zum 1. Bevollmächtigten gewählt, welches Amt er heute noch bekleidet. Abgesehen von seinem offenen und furchtlosen Auftreten allen Gegnern der Arbeiterbewegung gegenüber sowie seinem unbedingten Festhalten an Wahrheit, Recht und Überzeugung, hat er sich besonders um die finanzielle Grundlage der Zahlstelle Stettin und um die Erhaltung und Sanierung des Volkshauses verdient gemacht. Selbstverständlich ist er auch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und des Konsumvereins und Mitglied der Freidenkerbewegung.

Von 1909 bis 1913 fungierte er als Abteilungsleiter der Partei in Unter-Bredow und war Stadtverordneter in Itzehoe. Seinen politischen Gegnern hat er manches Mal hart zugesetzt.

Nach außen knorrig, manchmal verkannt, als Kollege ein guter Kamerad, in treuer Pflichterfüllung seines Amtes waltend, wirkt er unermüdlich für die Organisation und die Arbeiterschaft. Möge es dem Jubilar vergönnt sein, noch lange Jahre seine Kraft und sein Können in den Dienst der vorwärtsstrebenden Arbeiterschaft und unseres Verbandes zu stellen!

In dieser Hoffnung bringen wir dem Jubilar und seiner wackeren Gattin und Mitkämpferin unsere herzlichsten Glückwünsche dar!

Auflösung der Gewerkschaften?

Der „Deutsche", das Organ der christlichen Gewerkschaften, hat ein Gerücht wiedergegeben, nach dem die Reichsregierung die Absicht habe, die Gewerkschaften aufzulösen. An zuständiger Stelle hat man auf Anfrage erklärt, „diese Gerüchte seien so phantastisch, daß man sie nicht erst zu dementieren brauche".

Der „Deutsche" bemerkt dazu, daß im Hotel „Kaiserhof" eine Anzahl „Wirtschaftsführer" getagt hätten, und daß an dieser Tagung auch der Reichswirtschaftsminister (vom J.-G.-Farbentrust) und der Leiter des Statistischen Reichsamts Dr. Wagemann teilgenommen hätten. Bei dieser Gelegenheit habe man über die Gewerkschaften gesprochen, und es hätten sich Tendenzen gezeigt, die dahin gingen, die autoritäre Regierung Papen zu benutzen, „um die Existenzbasis der Gewerkschaften zu zertrümmern und auf diesem Wege zu einer Beseitigung der Gewerkschaften zu kommen".

Am Sonntag, dem 18. September, also einige Tage darauf, sagte der Reichsarbeitsminister Schäffer auf dem 13. Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Düsseldorf in seiner Begrüßungsrede unter anderem:

Wer

eine Hausagitation einleiten will, frage in der Mitgliederversammlung zunächst: „Wer meldet sich freiwillig?“ Einige Hände gehen hoch, schüchtern folgen noch einige. — Das sind die noch Unsicheren, sie trauen sich eine solche Tätigkeit nicht zu, weil sie noch nicht wissen, wie sie das anfassen sollen. „Wenn sich niemand mehr

meldet

sagt der Vorsitzende, „gestatte ich mir, einige zu benennen. Du, Kollege Flink, und du, Kollege Läufert, und dann Kollege Springer — und wie ist es mit Ihnen, Kollegin Keck? Also ihr seid dabei, schön. Morgen abend um 8 Uhr treffen wir uns in diesem Versammlungslokal. Dann wollen wir erst einmal exerzieren, d. h. wir reden und handeln so, als ob wir auf Hausagitation wären. Jeder wird

sich

ohne große Mühe einarbeiten. Wir markieren Hausagitatoren, Unorganisierte und deren Frauen, markieren Rede und Gegenrede, die sich um wirtschaftliche, politische, religiöse, kulturelle, sozialpolitische und andere Dinge drehen.“ Alle freuten sich über ihre Fähigkeiten, die jetzt bei ihnen geweckt wurden, und dann freuten sie sich über ihren Erfolg. Beim nächsten Mal riefen sie sofort: „Darf ich wieder mit, ich melde mich

freiwillig?

„Ich weiß, daß die Gewerkschaften ihre Bedeutung nicht nur als Vertretung von Standes- und Berufsinteressen haben, sondern darüber hinaus in unserer Volkswirtschaft nicht mehr zu entbehren sind. Wer von den Gewerkschaften die Abrüstung verlangt, müßte gleichzeitig mit dem Abbau der Kartelle und der Auflösung der Unternehmerverbände beginnen.“

Was Herr Warmbold, der Reichswirtschaftsminister, den „Wirtschaftsführern“ gesagt hat, haben wir leider nicht erfahren. Trotzdem trauen wir auch der Reichsregierung Papen nicht zu, daß sie die Absicht haben könnte, jede organisatorische Ordnung zu zerschlagen. Ganz abgesehen davon, daß eine solche „Auflösung“ das Gegenteil der Absicht auslösen könnte.

Die Herren „Wirtschaftsführer“ (Unternehmer) fühlen sich anscheinend wieder recht stark. Und wie zahm waren sie 1918. Sie wissen anscheinend gar nicht, daß 1918 noch nicht zu Ende ist, daß der zweite Teil seiner geschichtlichen Entwicklung sich erst noch abspielen muß. Keine Regierung, keine Reichswehr und auch nicht der berühmte „starke Mann“ kann diesen zweiten Akt verhindern. Eines Tages geht der Vorhang auf. Oder könnt ihr immer noch nicht sehen?

Stegerwald gegen Papen.

Auf dem Düsseldorfer Kongreß der christlichen Gewerkschaften hielt der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald am 20. September unter stürmischem Beifall eine außerordentlich scharfe Rede gegen die Papenregierung und ihren Leiter, der sich selbst als der Nachfolger Bismarcks bezeichnet hat, Herrn von Papen.

Stegerwald bestritt Herrn von Papen zunächst die Eigenschaften eines Staatsmannes und erklärte, wenn er sich dennoch als Staatsmann fühle, dann müsse es für ihn in der gegenwärtigen Stunde nur eine wahrhaft staatsmännische Tat geben, nämlich umgehend zurückzutreten. Er werde damit erreichen, daß wenigstens während des Wahlkampfes eine „objektive Regierung“ amtiere. Nur so könne dem schlimmsten Wahlkampf die ärgste Spitze abgebrochen werden. Das Verhalten der dünnen deutschnationalen Oberschicht, die jetzt ihre Stunde für gekommen halte, habe mit Politik nichts zu tun. Es sei allerprimitivster Dilettantismus, von dem diese Schicht beherrscht würde.

Ein Volk, das 100 Jahre allgemeine Schulpflicht kenne, 100 Jahre allgemeine Wehrpflicht, das vier Jahre mit seinen Leibern die Grenzen Deutschlands geschützt habe, ein Volk, das in einer so großen materiellen und seelischen Elendsperiode stehe, lasse sich bestimmt nicht längere Zeit mit den Methoden des Berliner Herrenklubs regieren.

Er, Stegerwald, garantiere Herrn von Papen, daß er das deutsche Volk mit seinen gegenwärtigen Regierungsmethoden nicht einmal heil über den bevorstehenden Winter hinüberbringen werde. Ihm fehlten alle Voraussetzungen dafür, „ein von einem kranken Volk gewähltes Parlament zum Nutzen von Volk und Staat zu behandeln.“

Stegerwald äußerte sich dann über die provozierende Art, in der Herr von Papen am 12. September vor den Reichstag getreten sei. Er habe zu der fremdländischen Diplomatenloge und zu den Tribünen hin für den Reichstag geradezu beleidigende Gesten gemacht. Aber dieser Herr von Papen werde doch niemanden in der Welt glauben machen wollen, daß die 33 Millionen Wähler, die sich am 12. September gegen ihn ausgesprochen hätten, etwa alle politische Fremdlinge oder gar Idioten seien. Bei der Juniauflösung habe dieser Herr von Papen seinen Willen nicht bekommen und mit der Septemberauflösung bekomme er ihn bestimmt auch nicht.

Er, Stegerwald, sei überzeugt, daß von Papen im Dezember oder Januar den Reichstag nicht zum drittenmal auflöse, trotzdem er eine wesentlich andere Zusammensetzung als sein Vorgänger haben werde.

Mit den Methoden von Papen könne man in Südamerika und auf dem Balkan operieren, nicht aber in Deutschland.

Stegerwald schloß seine stürmisch aufgenommenen Ausführungen: „Eine Regierung, die das staatliche Grundgesetz verletzt, hat das moralische Recht verwirkt, Gesetzesbeachtung von unten zu fordern.“

Folgen der Papen-Notverordnung vom 14. Juni 1932.

„Werter Kollege!

Unsere Hoffnung, daß sich die Verhältnisse in unserem Ort bald ändern würden, eine Arbeitsmöglichkeit bald auftauchen möchte, geht nicht in Erfüllung. Es wird von Woche zu Woche schlechter. Die meisten unserer Mitglieder sind ausgesteuert, sie beziehen Wohlfahrtsunterstützung, aber nicht alle erhalten diese, denn viele Gemeinden um Vordamm-Driesen sind nicht in der Lage, eine Wohlfahrtsunterstützung zu zahlen. Die dort wohnen, bekommen gar nichts. Man möchte verzweifeln, wenn man das Elend in manchen Familien sieht.

Einer fragt den anderen, soll es noch lange so bleiben? Wie soll es im Winter werden, der vor der Tür steht?

Hier in Vordamm bekommen Mann und Frau 7,50 Mk. die Woche, zwei bis drei Mark und noch mehr müssen für Miete gezahlt werden. Viele sind mit der Miete im Rückstand, sie warten auf die gerichtliche Aussetzung.“

Und dazu neue Lohnherabsetzungen durch die Papen-Regierung und Milliardengeschenke an die Besitzenden.

Noch ein Kommentar zur Notverordnung vom 5. September.

Der „Deutsche Reichsanzeiger“, Nr. 222, vom 21. September 1932, brachte die zweite Verordnung zur Durchführung und Ergänzung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit. Vom 21. September 1932.

Auf Grund der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 (RGBl. I S. 433), § 13 Abs. 2 wird verordnet:

§ 1.

(1) Werden Arbeitnehmer, für die eine tarifvertragliche Lohnregelung besteht, im Akkord (Gedinge) entlohnt, so ist die der Verordnung vom 5. September 1932 entsprechende Unterschreitung der tarifvertraglichen Sätze nur nach Maßgabe der Absätze 2 und 3 durchzuführen.

(2) Der Arbeitgeber ist berechtigt, den Akkordverdienst des einzelnen Arbeitnehmers für die hundertdreißigste bis vierzigste Wochenarbeitsstunde zu kürzen. Dabei sind jedoch entweder zehn vom Hundert dieses Akkordverdienstes vom Abzuge frei zu lassen oder die Hundertsätze der in der Verordnung vom 5. September 1932 vorgesehenen Unterschreitung um zehn vom Hundert zu ermäßigen; der § 6 Abs. 1 der Durchführungsverordnung vom 14. September 1932 (RGBl. I S. 443) findet keine Anwendung.

(3) Bei der Berechnung des Abzuges ist davon auszugehen, daß der Akkordverdienst sich gleichmäßig auf die einzelnen Wochenarbeitsstunden verteilt.

§ 2.

Der Vorschrift in den Paragraphen 3, 5 und 8 der Verordnung vom 5. September 1932, daß im Aushang die ermäßigten Lohn- und Gehaltssätze anzugeben sind, wird auch dadurch genügt,

Wo

und wann eine Versammlung zum Zwecke der Mitgliederwerbung stattfindet, muß Vorsorge getroffen werden, daß die Versammlung nicht resultatlos verläuft. Wenn schon der Zweck der Versammlung die Mitgliederwerbung

ist

dann müssen stets Funktionäre anwesend sein, deren Aufgabe es ist, jedem Unorganisierten einen Aufnahmeschein vorzulegen und ihm bei der Ausfüllung des Scheines behilflich zu sein. Bei Unentschlossenen muß

der

Funktionär erneut mit der Werbung einsetzen, um den noch Schwankenden zu gewinnen. Sind in einer Versammlung diese Vorkehrungen nicht getroffen, dann war die Versammlung zwecklos. Glaubst du nun, daß es so richtig ist: in jeder Versammlung für je drei Tische einen Funktionär mit dem

Aufnahmeschein?

daß der Hundertsatz angegeben wird, um den die tarifvertraglichen Lohn- und Gehaltssätze oder die Akkordverdienste unterschritten werden sollen.

§ 3.

Die Verordnung tritt mit Rückwirkung auf den 15. September 1932 in Kraft.

Berlin, den 21. September 1932.

Der Reichsarbeitsminister.
Schäffer.

Nicht nachlassen – zwingt alles.

Erfolgreiche Agitation in Oppeln.

In der Woche vom 28. August bis 4. September wurden 20 Neuaufnahmen gemacht; daran waren beteiligt die Kollegen Kurt Ifland (Oppeln) mit 13, Frassek (Alt-Budkowitz) mit 2 und Franke (Krappitz) mit 3 Aufnahmen.

In der Woche vom 11. bis 18. September wurden 23 Neuaufnahmen gemacht; daran waren beteiligt die Kollegen Kurt Ifland (Oppeln) mit 14, Franke (Krappitz) mit 4, Nickel (Krappitz) mit 3 Aufnahmen und Markin Ifland mit 2.

Wir ruhen nicht, bis wir alle Nichtorganisierten für den Verband gewonnen haben. Immer vorwärts zur Einigkeit, Einheit, schließlich zum Ziel!

Bundesausschuß-Sitzung des ADGB.

Der zweite Verhandlungstag der Bundesausschuß-Sitzung des ADGB. am 10. September war ausgefüllt mit der Behandlung der gewerkschaftlichen Agitation.

An erster Stelle referierte Hermann Schlimme (Bundesvorstand) über

Werbetätigkeit der Gewerkschaften.

Eine Ausstellung von Werbematerial der Gewerkschaften aus alter und neuerer Zeit, die dem Bundesausschuß vorgeführt wurde, zeigte die Art und Weise und den Wandel in der Werbearbeit. Die Gewerkschaften müssen fortgesetzt prüfen, ob durch gemeinsame Agitation eine rationellere Werbung neuer Mitglieder möglich ist. Die altbewährten Methoden der Werbung müssen geprüft und neue Formen gesucht werden.

Die Agitationsarbeit der Gewerkschaften ist zugleich wirtschaftliche Aufklärung.

Sie gewinnt in Zeiten der Wirtschaftskrise erhöhte Bedeutung. Politische Verhetzung durch die zahlreichen Feinde der Gewerkschaften zerstörte vielfach das Vertrauen der Außenstehenden zu den Gewerkschaften. Noch stehen mindestens 14 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen in Beschäftigung, von denen der größere Teil noch für die Gewerkschaften gewonnen werden soll.

Erschwert wird die Agitation, seitdem die Arbeitskämpfe in die Tarifämter und staatlichen Schlichtungsstellen verlegt werden und so vielfach das Gefühl entstand, als sei die gewerkschaftliche Rückendeckung nicht mehr erforderlich.

Die für die Gewerkschaften wirkungsvollste Aufklärungs- und Agitationsarbeit wird

im offenen Kampf zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern

geleistet, weil dabei jeder Beteiligte die Macht der Organisation unmittelbar verspürt. Unlautere Propagandamethoden können die Gewerkschaften angesichts ihrer Bedeutung für die Arbeiterklasse in Wirtschaft und Staat nicht anwenden. Die Hauptwerbearbeit wird auch in Zukunft bei den Einzelverbänden verbleiben müssen. Doch müssen die Einzelerfahrungen ausgetauscht und in einer zentralen Stelle im Interesse aller Verbände ausgewertet werden. Der gewerkschaftliche Vertrauensmann muß gemeinsam mit der gesetzlichen Betriebsvertretung die Agitation im Betrieb übernehmen. Eine besondere Aufgabe fällt dabei der

Werbung unter den Jugendlichen, Lehrlingen und Frauen

zu. Jährlich verlassen jetzt noch etwa 600 000 Jugendliche die Lehre. In jedem Verbandsvorstand, in den Bezirksverwaltungen, in jeder Ortsverwaltung, für jeden größeren Betrieb oder jede größere Abteilung sollte eine Agitationskommission eingesetzt werden. Die Ortsausschüsse des ADGB. sollten die Erfahrungen der örtlichen Agitationskommission sammeln und zur Ausstellung gemeinsamer Werbepläne verwenden. Hierbei können Jugendliche und Frauen, namentlich die jüngeren, den Jugend- und Lehrlingsabteilungen entwachsenen Gewerkschaftskollegen, als Propagandisten wertvolle Hilfe leisten, ähnlich wie in der politischen Agitation, insbesondere bei Vorbereitung und Durchführung der Hausagitation. Einspannen geeigneter jüngerer Kräfte in die Werbearbeit bedeutet gleichzeitig

Einführung in die praktische Gewerkschaftsarbeit.

Direkte mündliche persönliche Aufklärung hat sich noch stets als das wirksamste Werbemittel für die Gewerkschaften erwiesen.

Das stärkste Propagandamittel ist die Gewerkschaftspresse. Sie hat die Aufgabe, die Arbeitermassen aufzuklären, zu bilden und zur Solidarität zu erziehen. Die Gewerkschaften werden die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in allen Orten von Zeit zu Zeit für eine großzügige, von zentraler Stelle aus geleitete Werbeaktion einsetzen. Dann wird es möglich sein,

das große Heer der Indifferenten zu dezimieren.

Über die planmäßige Ausgestaltung der gewerkschaftlichen Agitation referierte Genosse Dr. H. Seelbach, Leiter der Bernauer Bundesschule.

Die gewerkschaftliche Werbearbeit wird zu einer Schicksalsfrage der Arbeiterbewegung. Alle Gebiete gewerkschaftlicher Betätigung müssen deshalb mehr als bisher die Forderungen der Agitation beachten. Das gilt vor allem für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Diese muß durch die fachliche Schulung den Funktionären Hilfsmittel für ihre neue agitatorische Tätigkeit liefern.

Was von der Bildungsarbeit gilt, ist auch für die Ausgestaltung der Presse und für das Versammlungsleben notwendig. Die Agitation ist nicht nur eine individuelle Angelegenheit. Sie ist Gegenstand einer umfassenden planmäßigen Organisation. Die Agitation ist nicht nur eine Aufgabe der einzelnen Verbände. Sie muß von der gesamten Bewegung getragen werden.

Die Diskussion, die sich an die beiden Referate anschloß, brachte die besonderen Werbeprobleme der einzelnen Verbände zum Ausdruck. Von großer Bedeutung sei Schnelligkeit in der Ausnutzung wichtiger Vorgänge für die Agitation und in der

Abwehr gegen Angriffe auf die Gewerkschaften.

Die Gewerkschaftspresse müsse ihren Charakter dem agitatorischen Bedürfnis der Verbände anpassen; viele Gewerkschaftsblätter haben bereits gezeigt, daß sich die Schriftleitungen dieser Aufgabe bewußt sind.

Die Teilnehmer an den Bildungseinrichtungen müssen ständig zur Werbearbeit wie zu jeder praktischen Gewerkschaftstätigkeit herangezogen werden. Für die Zusammenarbeit der Verbände mit Unterstützung einer zentralen Stelle wurden zahlreiche Gründe angeführt.

Die Debatte über die Werbearbeit der Gewerkschaften wird vertagt. Die Zusammenarbeit der Verbände auf dem Gebiete der Agitation und die weitere Behandlung des Themas in künftigen Bundesausschuß-Sitzungen wird durch das Büro des ADGB. vorbereitet werden.

Jugendbewegung.

Arbeitsgemeinschaften der jungen Generation.

In den gewerkschaftlichen Veranstaltungen spielt die junge Generation eine geringe Rolle. Ihre Beteiligung am Gewerkschaftsleben steht in keinem Verhältnis zu ihrer zahlenmäßigen Stärke. Als Ursache hierfür wurden in einer Besprechung der Sachbearbeiter für Jugendfragen beim ADGB. verschiedene Gründe angegeben:

1. Die wachsende Politisierung läßt „trockene“ gewerkschaftliche Arbeit im Ansehen schwinden.

2. Die Betätigungsmöglichkeiten für junge Kräfte sind in der Gewerkschaftsbewegung natürlicherweise begrenzt. Sie sind außerdem durch die Häufung von Funktionen in einer Hand eingeschränkt.

Du

Kollege, wie ist es heute, hast du dich entschlossen, dem Verband beizutreten?“ So sprach der Hausagitator zum Arbeitskollegen Drückeberger. Sofort rief Frau Drückeberger: „Mein Mann geht nicht in den Verband.“ Worauf Drückeberger seine Frau entrüstet anschrie: „Du

hältst

deinen Mund, das mache ich, wie ich will, und jetzt trete ich erst recht ein!“ Das sind unangenehme Situationen für den Hausagitator. Was macht er in diesem Falle? Die Frau darf er nicht zum Gegner haben, deshalb sagt er etwa: „Aber ihr lieben Leute, ihr sollt euch nicht zanken. Ich will nicht Ursache eines Familienzwistes sein. Ich freue mich über

deinen

Entschluß, Freund Drückeberger, trotzdem — ich gehe für heute und komme nächsten Sonntag wieder. Unterdessen verständigst du dich mit deiner Frau wie es sein muß, denn deine Frau ist dein Kamerad fürs Leben!“ Nächsten Sonntag war alles gut. Der Mann trat dem Verbande bei, die Frau war damit einverstanden und sorgte für die Beitragszahlung, und kein Wort gegen den Verband kommt aus ihrem

Mund.

3. Das zukunftsweisende Ziel der Bewegung ist nicht deutlich genug für jeden in der von politischen Wirren erfüllten Zeit herausgestellt.

Um diesen Mängeln in der Schulung und Heranziehung der jungen Generation zu Funktionen wirksam zu begegnen, wurden folgende Richtlinien für die Zusammenfassung der jungen Kollegen zu Arbeitsgemeinschaften besprochen und einstimmig gutgeheißen:

Wir haben 1. mehr als bisher die Jugendabteilungen auszubauen, 2. die Jugendarbeit folgerichtig an den über 18 Jahre alten Jugendlichen fortzuführen.

Hierbei sind zu beachten:

I. Aufgaben der Zentrale.

1. Bereitstellung von Vortragsdispositionen und Broschüren als Grundlage für Aussprachen in den zu bildenden Arbeitsgemeinschaften.

2. Veröffentlichung von Hinweisen in der Gewerkschaftspresse zur Betätigung in der Bewegung und zur Erfassung der jungen Generation.

3. Eintreten in Wort und Schrift für den Gedanken: die Jugend hat gleichfalls ein Recht auf Arbeit.

4. Die junge Generation darf nicht nur „Bildung" vorgesetzt bekommen, sie muß auch in praktische Gewerkschaftsarbeit eingereiht werden. Der Kreis akademischer Funktionäre ist möglichst zu vergrößern.

II. Aufgaben der Gau- und Bezirksleiter.

Die Tätigkeit der Gau- bzw. Bezirksleiter erstreckt sich auch auf die Förderung der Arbeitsgemeinschaften unter Beachtung der größtmöglichen Einheitlichkeit der Schulungsarbeit im Tätigkeitsbezirk.

III. Aufgaben der Filialen (Ortsverwaltungen).

1. Die Leitung der Arbeitsgemeinschaften untersteht der Verantwortung der Ortsverwaltungsleitung, die einen geeigneten Leiter für diese Aufgabe bestimmt. Bei persönlicher Eignung (gewerkschaftliche Erfahrung und nicht allzu jung) wird es zweckmäßig sein, den Jugendleiter mit dieser Aufgabe zu betrauen.

2. Sind in einer Ortsverwaltung nicht genügend Mitglieder der jungen Generation vorhanden, die sich zusammenfinden wollen, so ist Verbindung mit anderen Verbänden zwecks gemeinsamer Arbeit zu suchen, oder der Ortsausschuß übernimmt die Aufgabe für alle Verbände am Ort.

3. Die für irgendwelche Funktionärtätigkeit (Kleinarbeit: Flugblattverbreitung, Stempelstellenpropaganda, Hausagitation, Beitragskassieren, Protokollführen, Jugendgruppenarbeit usw.) geeigneten Mitglieder sind herauszufinden und als Funktionäre einzugliedern.

4. Planmäßiges Einspannen der Teilnehmer in die praktische Gewerkschaftsarbeit. Bei nur bildungsmäßiger Erfassung dieser Altersschicht besteht die Gefahr des Theoretisierens und des Zerfalles der Gruppe. Neben die Wissensübermittlung muß die praktische Betätigung treten.

IV. Aufgaben des ADGB. und seiner Unterorganisationen.

1. Der Bundesvorstand, die Bezirks- und Ortssekretariate unterstützen die Bestrebungen zur Erfassung der jungen Generation in Wort und Schrift.

2. Die Ortsausschüsse sind verpflichtet, dort, wo die Möglichkeit zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften auf Verbandsgrundlage nicht besteht, eine Zusammenfassung von sich aus vorzunehmen.

Die Aufgabe ist nun, die Richtlinien entsprechend den örtlichen Möglichkeiten zur Durchführung zu bringen. In Gemeinschaft von jung und alt muß die Zusammenfassung der jungen Generation zur Förderung der Schlagkraft unserer Bewegung gelingen.

Chemische Industrie

Die Chemie-Herren wollen den Arbeitern den Brotkorb höher hängen.

Der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie Deutschlands hat zu den Notverordnungen der Reichsregierung vom 4. und 5. September am 13. September folgende Entschließung gefaßt:

„Der Vorstand des Gesamtverbandes hat in seiner Sitzung vom 13. September 1932 die Notverordnungen vom 4. und 5. September 1932 eingehend beraten. Er begrüßt es, daß diese Verordnungen sich wirtschaftspolitisch zur freien Erwerbswirtschaft bekennen und sieht in ihrem wirtschaftspolitischen Teile große Möglichkeit, durch Finanzhilfe, die der Wirtschaft zufeil wird, die Wirtschaft anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit zu mindern. Der Vorstand ist der Auffassung, daß man den Optimismus, von dem die Notverordnungen getragen sind, von der Wirtschaft freudig aufnehmen und alles tun sollte, um das Ziel, die Verminderung der Arbeitslosigkeit und die Vermehrung der Produktion, zu erreichen. Es ist Pflicht eines jeden Betriebes, trotz naheliegender Bedenken gegen einzelne Bestimmungen des sozialpolitischen Teils, in erster Linie in Rücksicht auf dieses Ziel und nicht aus privatwirtschaftlichem Interesse die Möglichkeiten dieser Verordnung für sich zu nutzen. Um dies sicherzustellen, wird es für notwendig erachtet, daß Betriebe, die durch Vermehrung ihrer Belegschaft von der Senkung der Löhne Gebrauch machen wollen, sich vorher mit den Sektionen in Verbindung setzen, um damit zu erreichen, daß in gemeinwirtschaftlichem Geiste die Verordnung von unserer Industrie durchgeführt wird, also mit dem Erfolg, daß letzten Endes durch eine wesentliche Erhöhung der Lohnsumme die allgemeine Kaufkraft gestärkt wird."

Die Entschließung ist so schnell herausgegeben, daß bereits am 14. September einzelne Sektionsbezirke diese durch Rundschreiben weitergeben konnten. Von der Sektionsleitung in Leipzig wurde gleich der Text einer Bekanntmachung an die Belegschaft mit herausgegeben, der nur durch Einsetzen einiger Zahlen ergänzt zu werden braucht. In diesem Bekanntmachungsentwurf heißt es auch, daß sich der Akkordlohn der Akkordarbeiter in demselben Verhältnis ermäßigt. Diese Angabe ist falsch und ist in dieser Form in der Notverordnung nicht enthalten. Der § 1 der Notverordnung spricht nur von tarifvertraglichen Lohnsätzen, also von nichttariflichen Lohnsätzen überhaupt nicht.

Die Notverordnung sagt, es „kann" der Tariflohn für die 31. bis 40. Stunde gesenkt werden, wenn die sonstigen Voraussetzungen zutreffen. Die Entschließung der Chemie-Industriellen aber macht es den Betrieben zur Pflicht, die Bestimmungen der Notverordnung anzuwenden, wenn auch einzelne Bedenken dagegen vorliegen. Das ist eine Aufforderung zur Lohnkürzung. Die chemische Industrie ist von der allgemeinen Wirtschaftskrise am wenigsten betroffen, sie hat es nicht nötig, die schon an sich außerordentlich gedrückten Löhne, die bei Kurzarbeit den Arbeitern das Sattessen nicht mehr ermöglichen, weiter zu verkürzen. Man hätte annehmen dürfen, daß der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie klug genug sei, eine solche Anweisung an die zum Teil noch gut beschäftigten, im allgemeinen aber gut verdienenden Betriebe nicht herauszugeben. Die Notwendigkeit dazu wird er niemandem plausibel machen können.

Mittel- und Kleinbetriebe der chemischen Industrie, die heute noch zum großen Teil 48 Stunden arbeiten, werden sich mit Wollust auf diese Anweisung stürzen, eine Verkürzung der Arbeitszeit vornehmen und zu Neueinstellungen schreiten, um einen Lohnabzug vornehmen zu können. Nach den Anweisungen des Arbeitgeberverbandes ist anzunehmen, daß eine Produktionssteigerung, die zu Neueinstellungen führt, in der chemischen Industrie sehr wohl möglich ist, denn sonst hätte die Anweisung keinen Sinn. Die wiederholt ausgesprochene Vermutung, daß die Unternehmer auch in der chemischen Industrie die Krise willkürlich verschärft haben, findet dadurch neue Nahrung. Bei uns liegen schon Meldungen vor, daß einzelne Betriebe durch Anschlag die Durchführung der Notverordnung bereits bekanntgegeben haben.

In der Entschließung kommt zum Ausdruck, daß die Betriebe, die durch Vermehrung der Arbeiterschaft von der Senkung der Löhne Gebrauch machen wollen, sich vorher mit den Sektionsleitungen des Arbeitgeberverbandes in Verbindung setzen sollen. (Die Herren sind wohl der Meinung, sie könnten einfach diktieren. Die Red.) Diese Anweisung soll den Anschein erwecken, als ob der Arbeitgeberverband die Notwendigkeit der Lohnkürzung in jedem Einzelfalle prüfen wolle, um unberechtigte Wünsche hintan zu halten. Das ist ein durchsichtiges Manöver, für öffentliche Stimmungsmache vorgesehen. Nachdem der Arbeitgeberverband jeden Betrieb verpflichtet hat, die Bestimmungen der Notverordnungen auszunutzen, kann ein Drumherumreden um die Sache diese Anweisung nicht wieder abschwächen. Und wenn es am Schluß der Resolution heißt, daß durch die Maßnahmen der Unternehmer letzten Endes eine wesentliche Erhöhung der Lohnsumme die allgemeine Kaufkraft stärken soll, so hören wir wohl die Botschaft, können aber nicht daran glauben. Im Laufe der Jahre hat die chemische Industrie die Arbeitszeit ihren Bedürfnissen entsprechend ohne Rücksicht auf die Arbeiter verkürzt und die Löhne derart gesenkt, daß von irgendwelchem Wohlwollen oder sozialem Verständnis nicht mehr die Rede sein kann. In dieser brutalen Weise sollen auch die durch die Notverordnungen möglichen weiteren Lohnsenkungen vorgenommen werden. Jedenfalls spricht der Text der Entschließung dafür. Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Die Ernte ist noch nicht in der Scheune.

G. Haupt.

Tödliche Vergiftung in der Farbenfabrik Wolfen.

In der Säure-Konzentration der Farbenfabrik Wolfen, die zur J.-G. Farbenindustrie gehört, wurde ein gemauertes Gefäß, in dem Salpeter- und Schwefelsäure gemischt wurde, reparaturbedürftig. Das Gefäß wurde außer Betrieb gestellt und mehrmals mit Wasser und Sodalösung ausgespült. Dann ging es an die Reparaturarbeit. Nunmehr wurde das Gefäß wiederum mit Wasser gefüllt und blieb einige Tage so stehen. Am 7. September wurde das Wasser abgelassen und die Reparaturarbeit fertiggestellt. Dabei stieg der Vorarbeiter Richter aus Dessau gegen 6 Uhr abends mit einem um Mund und Nase gebundenen Tuch in das Gefäß und hielt sich darin ungefähr drei Minuten auf. Kurze Zeit später stieg er nochmals ohne jede Schutzmaßnahme ein. Solche Arbeiten dürfen nur mit Gasmasken ausgeführt werden. Richter hatte auch Anweisung, die Gasmaske anzulegen, und wurde von seinen Arbeitskollegen noch ausdrücklich dazu aufgefordert. Er tat es aber nicht. Nach Verlassen des Gefäßes konnte Richter seine Arbeitsschicht bis 10 Uhr abends noch ohne Beschwerden beenden. Er fuhr dann mit dem Fahrrad von Wolfen nach seiner Wohnung in Dessau. Über Nacht erkrankte er und mußte am nächsten Tag ins Krankenhaus geschafft werden, wo er vier Tage später an Nitrogasvergiftung starb.

Dieser Fall leichtsinniger Arbeitsweise muß zum Nutzen der Chemiearbeiter festgehalten werden. Bei jeder Reinigung von Säurebehältern ist größte Vorsicht geboten. Die Vorschriften für solche Arbeiten sind von der Firma befolgt worden. Richter hat seinen Tod leichtfertigerweise selbst verschuldet. Die Nitrogase können augenblicklich tödlich wirken. Sie werden auch durch wiederholte Berieselungen und Entlüftungen nicht restlos aus den Gefäßen entfernt. In den meisten Fällen löst die Einatmung der Nitrogase augenblicklich keine Beschwerden aus. Diese stellen sich vielmehr erst nach geraumer Zeit, unter Umständen erst am nächsten Tage, ein. Dann ist es meistens zur Hilfe zu spät. G. Haupt.

Papier-Industrie

Nazi - Kozi - Gelbe.

Der Verein für Zellstoffindustrie ist pleite. Schuld tragen nicht die Arbeiter, sondern die zu Beginn der Weltwirtschaftskrise allzu üppig vorgenommene Nationalisierung von Kostheim. Die Direktion verlangte von der Kostheimer Arbeiterschaft einen Lohnabbau von 10 Prozent während der Vergleichsdauer. Die Belegschaft lehnte es ab, die Kosten für die Sünden der Direktion zu tragen. Nach dieser Ablehnung ging der Arbeitgeberverband zum Generalangriff über, kündigte den Bezirkslohntarif und verlangte einen allgemeinen Lohnabbau von 15 Prozent. Die Gewerkschaften lehnten ab, und die tariflichen Schlichtungsinstanzen kamen zu keinem Schiedsspruch. Der Arbeitgeberverband aber rief den staatlichen Schlichter um Vermittlung an.

Der Verein für Zellstoffindustrie, der mit seinen Gläubigern nicht einig werden konnte, beantragte die Stillegung von Kostheim und Abkürzung der Stillegungsfrist. Am 9. September fanden die behördlichen Verhandlungen statt. Arbeiterrat und Gewerkschaftsvertreter wandten sich gegen die beantragte Verkürzung der Sperrfrist.

Nazis und Kozis glaubten in dieser Situation Oberwasser zu bekommen. RGO., KPD., NSDAP. und deren Betriebszellen, der Erwerbslosenausschuß und der Massenselbstschutz von Mainz fanden sich zusammen zu einem „Kampfausschuß", an dessen Spitze der von der Belegschaft abgehalfterte frühere Betriebsratsvorsitzende Wilhelm Haas stand, der früher streng revolutionär und heute ein strammer Nazimann ist und mit dem Direktor B. „doch so gut zusammen arbeitete".

Die Aktion der blutrot-gelb-braunen Koalition gegen den pleitegegangenen Kostheimer Betrieb begann am 12. September mit einem Aufruf zum Streik. Wohlgemerkt: Streik gegen Stillegung! Und der Erfolg? Von rund 700 Beschäftigten blieben 88 der Arbeit fern. In der Betriebsversammlung waren mehrere hundert betriebsfremde Arbeiter.

Die KPD. hatte das Bedürfnis nach einem besonderen Affentheater. Deshalb mußte die RGO. eine besondere Betriebsversammlung anberaumen, in der 30 Mann den Generalstreik beschlossen.

Als die Direktion durch Anschlag bekanntgab, daß die „Streikenden" sich als entlassen zu betrachten haben, bekam der Naziheld Haas einen Brechdurchfall, und die RGO.-Kämpfer überfiel ein Schüttelfrost. 88 feuerrot-gelb-braune „Haasen" liefen um die Wette zur Direktion, und der Spuk war zu Ende.

Und nun fragen sich die Kostheimer Papierarbeiter, warum diese Kampfkomödie in Szene gesetzt wurde. Rechnete man mit einer Aussperrung durch die Direktion, damit Wilhelm Haas bei Wiederaufnahme des Betriebes und der folgenden Neuwahl der Betriebsvertretung wieder Arbeiter- oder Betriebsratsvorsitzender werden konnte? Sollte die bankerotte Firma ganz kaputtgestreikt werden? Oder streikte man wegen des Lohnabbaus? In letzterem Falle hätten die „Kampfhähne" wissen müssen, daß die Friedenspflicht zu wahren ist, bis der staatliche Schlichtungsausschuß den Lohnstreit entschieden hatte. Dann hatte über Annahme oder Ablehnung des staatlichen Schiedsspruches die gesamte organisierte Papierarbeiterschaft des Bezirks zu entscheiden.

Anilin — Roman von Fritz Molinar

39. Fortsetzung.

Um die Arbeiter mit ebenso lächerlichen wie unsinnigen Schusterparolen zu füttern, verlangte man die Bildung von Kampfausschüssen, den Generalstreik, die Wahl revolutionärer Vertrauensleute, stellte Forderungen auf, von deren Nichterfüllung die Revolutionäre selbst hundertprozentig überzeugt waren. Der Verteiler des Flugblattes war Michel Rehdorn. Seit seiner Entlassung aus der Fabrik hatte er keine Arbeit mehr gefunden. Er mußte von der kargen Erwerbslosenunterstützung und der des Wohlfahrtsamtes leben. Hunger, Elend und Not hatten ihm völlig den politischen Verstand geraubt. Bei Versammlungen und Aufmärschen seiner Partei gebärdete er sich einfach rabiat. Er stand allem feindlich gegenüber, den Gewerkschaften, den übrigen Parteien, der Fabrik, dem Staate, der Gemeinde, seiner Familie und gar oft sich selbst. Nur auf seine Partei schwor er Stein und Bein sowie auch auf das Arbeiterparadies Sowjetrußland. Deshalb befolgte er auch die Befehle seiner Partei wie ein Rekrut die seines Unteroffiziers. Doch ihm war das zu verzeihen. Er war eben das Produkt der Verhältnisse, ein aus dem Produktionsprozeß gestoßenes Opfer der kapitalistischen Profitwirtschaft. Zu verzeihen war es aber nicht, daß es Menschen gab, die diese Opfer zur endgültigen Spaltung der Arbeiterklasse benutzten.

Auch Strohmann verteilte nach langen Jahren wieder mal ein Flugblatt. Darin wurden seine Erfolge als Arbeiterratsmitglied hervorgehoben, und im übrigen, wenn auch nicht so grob und dumm, aber um so salbungsvoller auf die freien Gewerkschaften geschimpft. Auf wen denn sonst auch? Es war ja so Mode. Alles trampelte auf dem verhaßten freigewerkschaftlichen Gegner herum.

Auch die Landsknechte zur Niederschlagung der Arbeiterbewegung gaben ein Sudelblatt heraus, das an Frechheit und Gemeinheit alle anderen übertraf. Die meisten Arbeiter hatten jedoch noch so viel Klassenbewußtsein, daß sie dieses Sudelblatt erst gar nicht in die Hand nahmen oder es den Verteilern vor die Füße warfen.

„Da stehen ja schon wieder welche mit Flugblättern", sagte der junge Goßler zu seinem Vater, als sie morgens an das Fabriktor kamen.

„Ja, es ist fast nicht zu ertragen, wie man da angepöbelt wird. Armes Proletariat", fügte er mit einem bitteren Zug um die Mundwinkel hinzu.

„Die bringen die Arbeiter bloß durcheinander mit ihren Schmutzblättern", [illegible] nehmen und jage, jage sollt mer die Kerle, daß sie die Hosen verlieren!"

Zuletzt gaben auch die freien Gewerkschaften ein Flugblatt heraus. Darin widerlegten sie die Anwürfe und Verleumdungen, klärten die Arbeiter über die Tätigkeit des Arbeiterrates auf und stellten die Lüge mit den Alfaaktien richtig. Der Verband hatte für einige tausend Mark Alfaaktien erworben, damit einem seiner Vertreter die Gelegenheit geboten würde, durch Teilnahme an der Generalversammlung Einblick in das Geschäftsgebaren zu bekommen. Außerdem wurde auf die ungeheuer schädlichen Wirkungen solcher Art Agitation aufmerksam gemacht.

Die übrigen Werksangehörigen lasen die Flugblätter ebenfalls und schüttelten die Köpfe. Auch die Direktion las sie und war befriedigt. Schmunzelnd sagte der kleine Pascha zu seinem Prokuristen: „Die Arbeiter erledigen sich selbst. Wir brauchen nur zu warten." „Ja", sagte der Prokurist unterwürfig, „mir gefallen die Oppositionskerle am besten. Die gehen mit Gewalt an die Sprengung 'ran."

Eine Betriebsversammlung, in welcher Peter Goßler als Vorsitzender des Arbeiterrates Bericht über dessen Tätigkeit erstatten sollte, nahm einen stürmischen Verlauf. Die Opposition hatte einen ihrer Redner in den Saal geschmuggelt. Peter Goßler verweigerte ihm das Wort, wozu er nach dem Betriebsrätegesetz verpflichtet war. Das verursachte einen Skandal.

Am Wahltag flatterten die Flugblätter vor dem Fabriktor umher und wurden in den Schmutz getreten.

„Ihre eigene Freiheit treten die Arbeiter in den Kot — ihre eigene Freiheit", sagte Rudolf Goßler zu einem seiner Arbeitskollegen, als sie das Badhaus betraten.

Dort herrschte das reinste Tohuwabohu. Die Unorganisierten schimpften wie die Rohrspatzen auf den Verband, den Arbeiterrat und alles, was gerade der Verband mühselig aufgebaut hatte. Nach ihrer Ansicht waren nicht die Kapitalisten, sondern die Gewerkschaften an allem Elend schuld. Alles hat keinen Wert und keinen Zweck mehr. Verband, Arbeiterrat, Partei und alles ist Unsinn. Keiner sollte mehr wählen, keiner, dann kämen die Bonzen zur Besinnung.

Die Organisierten natürlich verteidigten den Verband. „Euch gehen erst mal die Augen auf, wenn die Faschisten alles zerschlagen haben", sagten sie. „Ihr seid ja schuld, wenn der Arbeiterschaft täglich mehr Rechte genommen werden." Das brachte die Oppositionellen in Harnisch. Im Stile ihrer Flugblätter rissen sie alles, was nach freien Gewerkschaften roch, herunter. Verraten und verkauft haben die Gewerkschaften herhalten, für welche die Indifferenten, Unorganisierten und alle anderen nichts opfern wollten.

„Der ganze Arbeiterrat hat seither nichts getaugt. Besser wird es niemals, solange der da vorne auf seinem Throne sitzt", erklärte Strohmann. Er meinte Peter Goßler. „Laßt erst nur mal die Vernunft walten, dann kommt es schon, wie's richtig ist." Damit meinte er sich, wenn er auf den Schild gehoben würde.

Da aber fielen die Unorganisierten, Organisierten und Oppositionellen über ihn her. Für was brauchen wir christliche Gewerkschaften? Gibt es vielleicht christliche Unternehmerverbände? Die sitzen alle an einem Tisch, der Christ, der Jud, der Dissident und der Antichrist. Da stehen keine christlichen Grundsätze zur Diskussion. Da wird alles besprochen nur unter dem Gesichtspunkte des gemeinsamen Profits.

Unter solchen Diskursen warteten alle gespannt auf das Ergebnis der Betriebsratswahl. Am anderen Morgen wurde das Resultat bekannt. Die Opposition hatte einen Sitz und die christliche Liste zwei gewonnen. Die freien Gewerkschaften hatten ebensoviel wie die übrigen zusammen; aber gegen das Vorjahr zwei eingebüßt.

„Wenn zwei sich streiten, freut sich der dritte", sagte Strohmann voller Freude zum jungen Goßler.

„Du irrst, Herr Kollege. Du bist nicht der dritte. Der lachende Dritte, das sind die Kapitalisten", entgegnete Rudolf. „Nun, dann bin ich der, welcher nach dem ersten kommt", erwiderte Strohmann. So war er eingestellt. Mal mit Rechts, dann mit Links und darauf mit Rechts und Links zugleich. Seine ganze Taktik drehte sich wie eine Spirale, aber immer um seine Person. Wie kann ich etwas werden? Dieser Satz war das Leitmotiv seines ganzen Handelns.

Diesmal operierte er mit Ultralinks. Seinem Haß gegen alles Freigewerkschaftliche, den er aber geschickt zu verdecken wußte, war es gelungen, sich mit dem organisierten Haß der Opposition zu vereinigen. Bei der Wahl des Betriebs- und Arbeiterratsvorsitzenden stimmte die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition für Strohmann. Peter Goßler wurde nicht mehr gewählt. Sein Freund Mannhart war überhaupt nicht mehr im Arbeiterrat.

Ein Murren des Unwillens ging durch den weitaus größten Teil der Belegschaft. Der Strohmann hat die revolutionäre Klassenfront mit einem Stich an seinen schwarzen Frack genäht, hieß es im Badhaus. „Ihr seid die richtigen Klassenkämpfer. Spalter und Helfer der Reaktion seid ihr, weiter nichts!" rief Mannhart erregt durch den Badraum.

„Recht, Mannhart, gib ihnen Saures!" platzte ein anderer dazwischen

Alles dieses aber wollten diese Soldknechte des Unternehmertums nicht erreichen. Es kam ihnen nicht darauf an, das Unternehmertum zu bekämpfen; das beweist ihr elendes Geschrei über die angebliche Schuld der Gewerkschaften und des Arbeiterrates.

Die Arbeiter der Papierfabrik Moll in Dessau streiken wegen Lohnabbaues. Ein willkommenes Fressen für die vom Unternehmertum bezahlten Landsknechte, um sich bei der Arbeiterschaft wieder einschmusen zu können. Flugs veröffentlicht die nationalsozialistische Gauabteilung (Betriebszellen) einen schwulstigen Aufruf, der mit den Worten schließt:

„Nationalsozialistische Arbeiter! Wahrt euer einziges Recht! Keinen Mann für die Papierfabrik Moll, solange der Streik dauert! Streikbrechende haben in unseren Reihen nichts zu suchen!“

Nun, wir könnten mit Fällen dienen, wo streikende Pg. wieder in die Betriebe kommandiert wurden, wenn der Unternehmer selbst Pg. war oder wahrscheinlich nach dem Grundsatz handelte, daß die Rechte nie wissen darf, was die Linke tut.

Die Firma Gebrüder Dietrich, Papierfabrik in Merseburg, hatte einen Lohnabbau „angeordnet“. Darüber große und berechtigte Empörung unter der Belegschaft. Der Betriebsrat besteht aus drei freien Gewerkschaftern, zwei RGO.-Helden und zwei zur NSDAP. zählenden gelben Werkvereinlern. Grausame „Koz“gefühle bei den Gelben. Das aufblühende Morgenrot in sichtbarer Ferne bei den Thälmannjüngern der RGO.

Die Gebrüder Dietrich — eifrige Züchter von Gelben und Nazis — sollen vor Schreck beinahe Herzkrämpfe bekommen haben, als sie erfuhren, daß auch ihre geliebten Schäflein mit für den Abwehrstreik stimmten. Thälmanns „Klassenkampf“ bläst zur Weltrevolution und schreibt: „Formiert die Bataillone der antifaschistischen Aktion!“ Er fordert Streik der Papierarbeiter in Ammendorf, Cröllwitz und Weißenfels, obwohl in diesen Betrieben zur Zeit keine Differenzen bestehen.

Schuld an den Differenzen in Mitteldeutschland trägt der Arbeitgeberverband, der trotz Papen-Lohnabbauverordnung während der Laufdauer des Tarifvertrages weitere Lohnermäßigungen durch Ortsklassenversetzungen erzwingen will.

So berechtigt der Unwille der Arbeiterschaft über den ewigen Lohnraub durch die Unternehmer ist, so darf diese doch nicht verkennen, daß der Anreiz zu solchen Forderungen verstärkt wird durch die Arbeiterfeinde in den eigenen Reihen, die trotz allem Einheitsfrontgeschrei durch ihre zerstörende Gewerkschaftshetzerei die Angriffslust der Unternehmer stärken. Dadurch werden die mit revolutionärem und überradikalem Geschrei auftretenden Miniaturorganisationen der RGO., der Nazis und der Gelben aller Richtungen zu wahren Arbeiterverrätern und Unternehmerbütteln. Erst wenn die Arbeiterschaft den Wert der Gewerkschaftsorganisationen wieder schätzen lernt und ernstlich gewillt ist, in deren Rahmen dem Ausbeutertum Widerstand zu leisten, wird die Einheitsfront der Arbeiterklasse hergestellt und der Widerstand gegen die unsozialen Forderungen des Unternehmertums erfolgversprechend organisiert sein.

G. Stühler.

Nahrungsmittel-Industrie

Zuckerarbeiter, auf zur Agitation!

Für die Zuckerindustrie beginnt jetzt die Hauptbetriebszeit. Zahlreiche Arbeiter kommen neu in die Betriebe. Das ist die beste Gelegenheit, um neue Mitkämpfer für den Verband zu werben. Die Kampagne wird in diesem Jahre wahrscheinlich noch kürzer sein als im letzten Jahre. Eine falsche Steuer- und Wirtschaftspolitik hat dazu geführt, daß der Zuckerverbrauch im letzten Jahre stark zurückgegangen ist. Der Zuckerverbrauch betrug in Deutschland im Zuckerjahre 1930/31 rund 16,5 Millionen Doppelzentner, 1931/32 soll der Verbrauch nach einer vorläufigen Schätzung dagegen nur 14,2 Millionen Doppelzentner betragen. Das wäre ein Verbrauchsrückgang gegenüber dem Vorjahre um 2,3 Millionen Doppelzentner. Diesem Verbrauchsrückgang soll die Produktion angepaßt werden.

Im abgelaufenen Zuckerjahr wurde in Deutschland die Zuckerkontingentierung durchgeführt. Große Zuckermengen lagerten auf dem Weltmarkt und auf dem deutschen Zuckermarkt, die nicht abgesetzt werden konnten. Die Zuckererzeugung wurde stark eingeschränkt, weil unsere Erzeugung den Bedarf weit überstieg. Eine Zuckerausfuhr ist bei den heutigen Weltmarktpreisen für die deutsche Wirtschaft nicht tragbar. Die Kontingentierung sollte also den Zweck haben, die deutsche Produktion dem deutschen Verbrauch anzupassen. Zugleich sollte aber durch eine geschaffene Organisation eine rege Propaganda für einen erhöhten Zuckerverbrauch betrieben werden. Nun ist aber beim Verbrauch ein starker Rückgang eingetreten. Wo liegen hierfür die Ursachen?

Anstatt alle Maßnahmen zu treffen, daß der Zuckerverbrauch gesteigert wird, hat die deutsche Reichsregierung alles getan, um den Zuckerverbrauch weiter zu erschweren. Noch bevor sich die Zuckerkontingentierung in einer Produktionssenkung auswirkte, wurde im Juni 1931 die Zuckersteuer von 10,50 Mk. auf 21 Mk. je Doppelzentner erhöht. Dazu kommt die Erhöhung der Umsatzsteuer. Der Preis für das Pfund Zucker ist infolge dieser Maßnahmen um 6—7 Pf. gestiegen. Durch Notverordnung wurden die Löhne aller Arbeitergruppen stark gesenkt. Also die Kaufkraft wurde durch den Lohnabbau stark geschwächt, und die Preise für Zucker wurden durch steuerliche Maßnahmen stark gesteigert. Eine derartige Wirtschafts-, Steuer- und Lohnpolitik muß zu einem Rückgang des Verbrauchs führen. Wir haben einen riesigen Zuckervorrat. Der Verbrauch aber geht zurück, weil der Masse die Kaufkraft fehlt, um den Zucker zu kaufen, der obendrein durch steuerliche Maßnahmen künstlich verteuert ist. Nach der Notverordnung vom 5. September 1932 sollen der Industrie zahlreiche Millionen in Form von Steuerscheinen gesetzt werden; die Löhne aber will man weiter abbauen. Die Wirkung muß ein weiterer Rückgang der Produktion sein.

Für die Zuckerarbeiter hat diese falsche Politik dahin geführt, daß auch in diesem Herbst die Zuckererzeugung wieder stark eingeschränkt wird. Wieder sind im Laufe des Jahres eine Anzahl Betriebe stillgelegt, deren Erhaltung möglich gewesen wäre, wenn diese unsinnige Politik nicht betrieben würde. Soll das so weitergehen?

Unser Verband hat von jeher gegen diese unsinnige Steuer-, Wirtschafts- und Lohnpolitik Front gemacht. Dauernd forderten wir die Aufhebung, zum mindesten aber eine starke Herabsetzung der Zuckersteuer, damit der Zuckerpreis gesenkt werden kann. Eine Herabsetzung des Zuckerpreises würde eine Steigerung des Verbrauches zur Folge haben. Das brächte eine Steigerung der Produktion und den Arbeitern der Zuckerindustrie mehr Arbeit. Durch geschlossenen Beitritt zu unserer Organisation müssen die Zuckerarbeiter sich den Forderungen unseres Verbandes anschließen.

Unsere Organisation hat aber auch sonst die Interessen der Zuckerarbeiter nach jeder Richtung hin vertreten. In der Vorkriegszeit waren die Arbeiter der Zuckerindustrie schlecht organisiert. Neben einer unmenschlich langen Arbeitszeit bestanden noch Schichtlöhne von 2,20 Mk. und darunter für die 12stündige Schicht. In der Nachkriegszeit fanden die Zuckerarbeiter den Weg zum Verband der Fabrikarbeiter. Dieser hat für die Zuckerindustrie einen Reichsrahmentarifvertrag geschaffen, in dem Urlaub, Zuschläge für Überstunden und Sonntagsarbeit und andere wichtige Dinge festgelegt sind. Alles das gab es in der Vorkriegszeit nicht. Die Löhne standen in der Vorkriegszeit in der Zuckerindustrie weit hinter den Löhnen anderer Industriearbeiter zurück. Das ist anders geworden. Die Löhne sind heute den übrigen Industrien angepaßt. Die gegenwärtig geltenden Löhne sind durch unsere Organisation bis zum Schluß der Kampagne festgelegt.

Gerade für die Zuckerindustrie war es besonders schwierig, diese Arbeit zu leisten. Ausschlaggebend in dieser Industrie sind die großen Landwirte; sie sitzen in vielen Zuckerfabriken im Vorstand und im Aufsichtsrat. Sie betrachten die Zuckerindustrie als Nebengewerbe der Landwirtschaft, in der sie die Lohn- und Arbeitsbedingungen einführen möchten, wie sie in der Landwirtschaft bestehen. Daß die Zuckerarbeiter unter ganz anderen Bedingungen arbeiten müssen als die Landarbeiter, lassen sie nicht gelten.

Trotz all dieser Schwierigkeiten hat unsere Organisation in schwerem Ringen für die Zuckerarbeiter annehmbare Verhältnisse geschaffen. Die Arbeiter der Zuckerindustrie aber müssen daraus die richtige Schlußfolgerung ziehen. Soll das Geschaffene erhalten und weiter ausgebaut werden, dann bedarf es dazu einer geschlossenen Organisation. In den ersten Nachkriegsjahren waren die Zuckerarbeiter vollzählig organisiert. Gegenwärtig gibt es unter ihnen Leute, die glauben, sie brauchen die Organisation nicht mehr; sie können die Beiträge sparen. Sie wollen ernten, was andere gesät haben. Das muß anders werden.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Zuckerindustrie sind gerade nicht günstig. Für die Arbeiter aber taucht die Frage auf, soll uns durch die Ungunst der Verhältnisse das wieder genommen werden, was wir in zähem Kampfe errungen haben? Das darf nicht sein. Darum auf, Kollegen, an die Arbeit! Auch der letzte Mann und die letzte Frau müssen für uns als Mitkämpfer gewonnen werden, wenn wir für die kommenden Kämpfe gerüstet sein wollen.

E. Senkfeil.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Russische Hoffnungen auf den Zerfall der deutschen Gewerkschaften.

Die russische Gewerkschaftspresse interessiert sich lebhaft für die deutsche Gewerkschaftsbewegung; dies Interesse ist freilich recht merkwürdiger Art. Der gewerkschaftsamtliche „Trud“ (vom 26. August) stellt anläßlich einer Besprechung des Jahresberichts des ADGB. mit sichtlicher Befriedigung fest, daß sich die Zahl der Mitglieder der dem ADGB. angeschlossenen Verbände im Jahre 1931 um über eine halbe Million verringert hat. Diese halbe Million Arbeiter, die, zermürbt durch die Last der Krise und der Arbeitslosigkeit, ihren Verbänden untreu geworden sind, glaubt das führende russische Gewerkschaftsblatt für seine kommunistischen Freunde in Anspruch nehmen zu können: „in ihrer Mehrheit“ seien die Ausgetretenen „reif für den revolutionären Klassenkampf“. Um seinen Lesern diese schöne Theorie plausibel zu machen, erzählt der „Trud“ den russischen Arbeitern gar merkwürdige Dinge über die deutsche Gewerkschaftspraxis. Der Jahresbericht des ADGB. habe recht, heißt es im „Trud“, wenn er auf den ungünstigen Einfluß der Arbeitslosigkeit auf die Mitgliederbewegung hinweist. Mit dieser Rückwirkung der Arbeitslosigkeit habe es aber eine andere Bewandtnis, als die deutschen Gewerkschafts„bonzen“ dächten. „Der Austritt aus den Gewerkschaften wird dadurch gefördert, daß die Arbeitslosen von den reformistischen Gewerkschaften als Mitglieder zweiten Ranges betrachtet werden; sehr häufig werden die arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder nicht zu den Gewerkschaftsversammlungen zugelassen, in denen die wichtigsten Fragen erörtert werden.“ — Vermutlich soll diese verlogene Berichterstattung der Förderung der internationalen proletarischen Solidarität dienen.

Russische Freiheit.

In einer Belegschaftsversammlung im Moskauer Industriebezirk hat ein parteiloser Arbeiter folgenden einfachen und einleuchtenden Gedanken geäußert: „Jedes Werkzeug, jede Maschine verlangen, daß man sie reinigt, ölt, rechtzeitig repariert. Wie soll nun der Arbeiter ohne Hemd umherlaufen und arbeiten, wenn er Hunger hat? Erst mußt du dem Arbeiter was zu essen geben, und dann erst darfst du von ihm die entsprechende Leistung verlangen.“ Dieser ketzerische Arbeiter wurde als „verkappter Menschewik“ angeprangert und in eine der nördlichen Provinzen verbannt, um dort bei der Holzbereitung zu lernen, daß dagegen sogar noch seine Fabrik ein Paradies auf Erden war.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bautzen-Zittau. Am 10. September 1932 hatte die Zahlstelle Bautzen die Mitglieder der früheren Zahlstelle Zittau zu einer Abendveranstaltung ins Volkshaus in Zittau eingeladen, um die Ehrung der Kolleginnen und Kollegen, die 25 Jahre und länger der Organisation angehören, vorzunehmen. Nach kurzen Begrüßungsworten und einleitenden Musik- und Gesangsstücken durch die Reichsbannerkapelle und den Kleinschönauer Gesangverein wurde die eigentliche Ehrung der Jubilare vorgenommen. Kollege Jeremies schilderte in seiner Ansprache die Entwicklung, die Erfolge und die Kämpfe der Organisation und forderte die Mitgliedschaft auf, trotz der ungeheuren Notzeit den verdienten Kämpfern, die der Organisation fünfundzwanzig Jahre die Treue gehalten haben, nachzueifern. Als Dank der Organisation überreichte Kollege Jeremies folgenden Mitgliedern die vom Verband gestiftete Ehrenurkunde sowie das Werk „40 Jahre Kampf“: Josephine Wolf (Zittau-Poritsch), Hedwig Micklich (Olbersdorf), Ernst Gö (Zittau), Gustav Wunderlich (Rohnau), Emil Klaus (Dittelsd Max Finger (Neugersdorf), Ida Menzel (Neugersdorf), Will Rohleder (Zittau), Johann Ebermann (Olbersdorf), Gustav Schw bach (Olbersdorf), Gustav Kellner (Oberherwigsdorf), Rein Windrich (Hörnitz), Emil Brockauf (Kleinschönau), Herm Friedrich (Oberullersdorf), Hermann Engemann (Neuhartau), mann Gabler (Zittau), Johann Weinlich (Hartau), Gustav Neum (Hartau), Wilhelm Heubaum (Friedersdorf). Außerdem stift die Glasarbeiter für jeden Jubilar einen Kelch. Gesangs- Musikvorträge umrahmten die Feier, nach deren offiziellen Absch sich die Kolleginnen und Kollegen noch einige Stunden in angere Stimmung unterhielten. Besten Dank den mitwirkenden Verein

Wuppertal. Unsere Zahlstelle feierte am 17. September Gewerkschaftshause ihr 25jähriges Bestehen, verbunden mit Ehrung von 35 Kollegen, die 25 Jahre und länger dem Verba angehören. Gauleiter Hoffmann hielt die Festrede. Der Volks Barmen verschönte den Abend durch den Vortrag mehrerer Lie Die Musikkapelle, vom Kollegen Thiemann freundlicherweise un geltlich zur Mitwirkung zur Verfügung gestellt, trug wesentlich z guten Gelingen des Abends bei. Nicht endenwollender Bei erntete die Jugendgruppe der Zahlstelle Düsseldorf mit ihrer A führung „Novembersturm“. Mit stürmischer Begeisterung sang zum Abschluß der offiziellen Feier die Anwesenden das Freihei lied. Gehen wir mit Mut und eisernem Willen an die Arbeit, da werden wir auch die jetzige schwere Zeit überstehen und unser Ziele näher kommen.

B.

Rundschau.

Nationalsozialistische Hunde.

Der nationalsozialistische „Illustrierte Beobachter“ teilt m „Vor wenigen Wochen erst haben Pg. Bitter und Rudolf Ka (ist der auch rasseecht?), Holzminden, sich entschlossen, einen Hund trupp auszubilden und in Dienst zu stellen. Als vorzüglich geeign wurde der deutsche Schäferhund befunden .... Wenn eine SS Abteilung mit gut arbeitenden Hunden marschiert, werden KPD und Rotmord bald die Freude an feigen Überfällen verlieren.“

Daß gerade der deutsche Schäferhund eine notwendige E gänzung der SA. ist, wird uns aus folgender Eigenschaft des Köter bewiesen:

„... Dann wird auch der Hund selten versagen, der eine außerordentlich feinen Instinkt auch für die Eigenschaften seine Führers hat.“

Der Hund hat also Nazieigenschaften, und der Nazi hat dan wohl Hundeeigenschaften. Beide sind ja wohl auf Menschen dressier

Wir danken für diese Sorte Germanen, deren Eigenschafte die des Hundes sind.

Abschaffung der Sozialversicherung – das wollen die nationalen „Sozialisten“.

Der nationalsozialistische Arzt Dr. Quandt sagte am 4. Februar 1932 in der Sitzung der Berliner Ärztekammer: „Der wesentlichste Punkt unseres Programms ist die Abschaffung jeder Sozialversicherung, die sowohl die Ärzte als auch die Bevölkerung demoralisiert. Die Versicherten dürfen nicht mehr so viel mitbestimmen und mitreden wie bisher.“

Entrechtung der Arbeiterschaft ist das Zukunftsziel der Nazis. Trotzdem nennen sich die Nazis Arbeiterpartei.

Gute Gewerkschafter sind nicht für die Nazis zu gewinnen.

Ein Naziagitator, Günter Adam, untersucht im „Völkischen Beobachter“, wie der Einbruch in die „marxistische Front“ zu bewerkstelligen sei. Er kommt dabei zu folgendem Ergebnis:

„Die SPD. steht und fällt mit den freien Gewerkschaften. Die etwa vier Millionen freien Gewerkschafter und ihre Familienangehörigen sind der größte Teil der SPD.-Wähler. In diesen Gewerkschaften sind vornehmlich die älteren, gelernten Arbeiter organisiert, die zum Teil schon seit Jahrzehnten ihren Verbänden angehören. Die Gewinnung dieser Freigewerkschafter für den Nationalsozialismus wird die schwerste Aufgabe sein.“

Es ist nicht sehr schmeichelhaft für die Kommunisten, wenn der Naziagitator die Bekehrung eines Kommunisten zum Nationalsozialisten als verhältnismäßig leicht hinstellt.

Friedenspflicht der Gewerkschaften.

Der Kommentar vom 21. September zur Notverordnung vom 5. September („Proletarier“ Nr. 40, Seite 224) erfährt schon wieder einen Kommentar, den wir kurz vor Redaktionsschluß erhielten. Der Kommentar zum Kommentar lautet:

„Zur Vermeidung von Zweifeln wird darauf hingewiesen, daß nach der Absicht der Verordnung der Arbeitgeber, der die Tariflöhne und -gehälter mit der zugelassenen Abweichung zahlt, damit den Tarifvertrag und den Arbeitsvertrag erfüllt. Andererseits würde eine Gewerkschaft, die einen gegen die gesetzlich zugelassene Unterschreitung der Tarifvertragssätze gerichteten Arbeitskampf unterstützte, gegen die tarifvertragliche Friedenspflicht verstoßen.“

Dazu sagen wir: Der Herr Arbeitsminister kann wohl kommentieren, aber er kann nicht ganz neue Bestimmungen wie die obige in die Notverordnung hineinkommentieren. Wünschen die Unternehmer sonst noch was?

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a und d in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen Stendal-Tangermünde: Wilhelm Scheffler, Buch-Nr. 938 753; Höhr-Grenzhausen: Hans Otte, Buch-Nr. 1 050 192; Zwickau: Karl Schindler, Buch-Nr. 808 433.

Literarisches.

Heinrich Schmidt: „Mensch und Affe“. Urania-Freidenker-Verlag, Jena. Reich illustriert. Kartoniert 1,30 Mk., in Ganzleinen 1,80 Mk., Vorzugsausgabe 2,40 Mk. In der hier angezeigten wertvollen Schrift legt Professor Heinrich Schmidt vom Haeckel-Archiv in Jena das Tatsachenmaterial, das der Frage und ihrer Beantwortung zugrundeliegt, in knapper und doch vollkommen ausreichender Weise vor. Nach einer interessanten Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Frage „Von Moses zu Darwin und Haeckel“ folgen die Kapitel: „Das Affengeschlecht“, „Die Menschenaffen“, „Die Affen der Tertiärzeit“, „Der Mensch der Eiszeit“, „Embryonen und Junge“, „Die Blutprobe“, „Schädel und Gehirn“, „Die Affenseele“. In einem kurzen Schlußwort wird das Fazit gezogen. Das Nachwort von Professor Julius Schaxel zieht die Linie weiter von der Naturgeschichte der Menschen zu ihrer Gesellschaftsgeschichte. Der Schriftsatz weist erfreulicherweise größere Typen auf als frühere Veröffentlichungen.

Karl Hinkel: „Indien in der Zange“. Die wirtschaftliche Not eines großen Volkes. Mit einer Karte und neun Bildern. 157 Seiten. Broschiert 3 Mk., Ganzleinen 4 Mk. In diesem Buche werden die indischen Industrieverhältnisse beleuchtet, mit Berücksichtigung der Industriearbeiterschaft, ferner die Agrarwirtschaft und der ungeheure Druck auf die Landbevölkerung. Die Auseinandersetzung mit Gandhis wirtschaftlichen und politischen Lehren wird besonderes Interesse finden.